

suedkurier.de - 24.10.2007

Grüne wollen Grundeinkommen ohne Bedingungen

Landesvorsitzende Petra Selg referiert bei Kreismitgliederversammlung in Markdorf über die Visionen der Partei zum Thema "Soziale Sicherung"

Markdorf

Markdorf (ala) Der Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen hat bei der Landesdelegiertenkonferenz in Heilbronn den Beschluss gefasst, sich für die Vision "Bedingungsloses Grundeinkommen"

Für
"Bedingungsloses
Grundeinkommen":
Petra Selg.
Bild: Lang

stark zu machen. Das Thema der Konferenz in Heilbronn lautete "Soziale Sicherung gestalten". Die Landesvorsitzende Petra Selg erläuterte Details bei der Kreismitgliederversammlung in Markdorf: "Die solidarische Neuausrichtung der sozialen Sicherung kann nicht auf Knopfdruck verwirklicht werden, ist aber in zehn bis 20 Jahren realisierbar", eröffnete Selg ihren Vortrag.

In einem ersten Schritt wolle man ein einkommensteuerfreies Grundeinkommen von zunächst monatlich 420 Euro für Erwachsene und 300 Euro für Kinder einführen. Anspruchsberechtigt sollen Menschen sein, die ihren dauerhaften Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Alle anderen erhalten weiterhin ausschließlich bedarfsbedürftige Leistungen wie Wohngeld oder Behinderten-Zuschüsse.

Dieses partielle Grundeinkommen sei vollständig gegenfinanziert, ohne den bisherigen Haushalt zu belasten, versicherte Petra Selg. Zum einen ergebe sich die Finanzierung aus eingesparten Transferleistungen, denn das grüne Grundeinkommen ersetze das steuerfinanzierte Arbeitslosengeld II und das Kindergeld. Zudem sei für die Finanzierung eine grundlegende Einkommensteuerreform vorgesehen. Flankierend dazu wolle man ein Energiegeld einführen, das zur Finanzierung des Grundeinkommens diene. Bei der Einkommensteuerreform für das "bedingungslose Grundeinkommen" halte man an progressiven Steuersätzen fest, die im Bundestagswahlprogramm 2005 beschlossen wurden. Möglichst viele Vergünstigungen in der Einkommensteuer wie das Ehegattensplitting, so Selg, sollen gestrichen oder in das Grundeinkommen integriert werden. Es gäbe somit künftig nur noch eine Steuerklasse. In der Folge würden alle Einkommen gleichberechtigt gestellt, und Frauen wie auch Männer erhielten gleichermaßen einen individualisierten Anspruch auf das grüne Grundeinkommen. Entscheidend sei aber vor allem eines: Das grüne Grundeinkommen geht für Menschen, die Steuern zahlen, im Grundfreibetrag auf. Dieser liegt beim Grundeinkommen deutlich höher als der heutige Grundfreibetrag und wird als "negative Einkommensteuer" verrechnet.

Konkret: Personen mit einer Steuerbelastung über dem Grundeinkommen zahlen Einkommensteuer. Liegt die Steuerbelastung aber unterhalb des grünen Grundeinkommens, erhalten die Menschen Geld vom Staat. In Zahlen: Eine

allein stehende Person kommt auf eine Steuerbelastung von 350 Euro, hat aber Anspruch auf ein Grundeinkommen von 420 Euro. Diese Person zahlt also keine Steuern und bekommt zusätzlich die Differenz zum grünen Grundeinkommen, nämlich eine "negative Einkommensteuer" von 70 Euro.

Diesen Artikel finden Sie im Online-Angebot unter
<http://www.suedkurier.de/region/friedrichshafen/kreis/art3229,2867490>

© SÜDKURIER

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SÜDKURIER GmbH
